

Er war Generalsekretär des Achtzehner-Ausschusses und Mitarbeiter an der Gewerkschafts- und Korporationsgesetzgebung. Gegenwärtig ist er Dozent für korporatives Recht an der Universität Pisa. Unter seinen zahlreichen Schriften über die rechtlichen Probleme des Korporationswesens verdient besondere Hervorhebung sein „Manuale di diritto corporativo italiano“ (2. Auflage, Turin 1928; französische Ausgabe Brüssel 1927, zwei Bände).

Ulrico Aillaud

**Cramp, Concemore Thomas**, englischer Gewerkschaftsführer, wurde 1867 in Staplehurst (Kent) geboren, ist von Beruf Eisenbahner. Er ist Mitglied des Exekutivausschusses der Labour Party und war 1925 Vorsitzender auf der Konferenz der Labour Party in Liverpool, 1925 bis 1926 Präsident des Internationalen Transportarbeiterverbandes, 1918 bis 1919 Vorsitzender des Englischen Eisenbahnverbandes. Cramp ist seit 1920 Mitglied des Exekutivausschusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale und seit 1929 Mitglied des Hauptausschusses des Trades Union Congress.

Redaktion

**Credo.** 1908 hat der „Federal Council of the Churches of Christ“, in dem die Mehrzahl der amerikanischen Kirchen vereinigt ist, ein Soziales Credo (Social Creed) beschlossen, das 1912 erweitert worden ist und zahlreiche sozialpolitische Forderungen enthält, die sich in vollem Einklang mit allen Gewerkschaftszielen befinden. Ueber die Gewerkschaften selbst wird nicht gesprochen, wohl aber vom Koalitionsrecht („Die Kirchen fordern das Recht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sich zu organisieren, und Schiedsgerichte zur Beilegung von Arbeitskämpfen“). 1919 ist u. a. folgender Zusatz beschlossen worden: „Eine geordnete und aufbauende Wirtschaftsdemokratie ist ebenso nötig wie die politische Demokratie. Die Anerkennung des Tarifvertrages und die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Geschäftsleitung sind unvermeidliche Schritte auf diesem Wege.“

Redaktion

## **Crimmitschauer Streik**

Von **Johannes Herz**

Seite

**323** 1. Veranlassung

**324** 2. Bedeutung

**324** 3. Ergebnis

**325** 4. Literatur

### **1. Veranlassung**

Schon im Jahre 1902 begann unter den sächsischen Textilarbeitern eine Bewegung auf Verkürzung der Arbeitszeit, die damals in den sächsischen Textilfabriken noch ausnahmslos 11 Stunden betrug, während z. B. in Berlin zu gleicher Zeit bereits weitaus die Mehrzahl der Betriebe eine Arbeitszeit hatte, die 8 Stunden nicht überschritt. Die elfstündige Arbeitszeit wurde besonders von den in der sächsischen Textilindustrie zahlreich beschäftigten verheirateten Frauen (von 2800 Arbeiterinnen des Crimmitschauer Bezirks waren 40% verheiratet) drückend empfunden, da diese ausgedehnte Arbeitszeit keine ausreichende Möglichkeit zur Versorgung des Haushalts und zur Pflege der Kinder ließ, sodaß z. B. in Crimmitschau von 817 im Jahre 1899 geborenen Kindern 223, d. i. 27,3% noch vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben. Auch der schnellere Gang der Maschinen, der die Schußzahl in der Minute von

durchschnittlich 50 auf durchschnittlich 75 Schuß gesteigert hatte, drängte auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hin. Im Einklang mit dieser durch die ganze Gewerkschaft der Textilarbeiter hindurchgehenden Bewegung beschloß die Filiale Crimmitschau des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 25. Juli 1903, beim Fabrikantenverein Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, Gewährung einer 1½stündigen (statt bisher 1 stündigen) Mittagspause und Erhöhung der Akkordlöhne um 10% zu fordern. Eine Versammlung der Fabrikanten von Crimmitschau und Umgebung beriet am 6. August über diese Forderungen. Noch ehe das Ergebnis bekanntgegeben war, kündigten am 7. August in fünf Fabriken die Arbeiter für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern sollten. Das veranlaßte die Fabrikanten, jede Verständigung abzulehnen und die gesamte Belegschaft von 7500 Arbeitern auszusperren. Nach 10 Wochen erklärten die Unter-

nehmer sich bereit, die ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen. Die Crimmitschauer Textilarbeiterschaft lehnte jedoch zum allergrößten Teil dieses Angebot ab und verharrte im Streik. Andererseits zeigte die Lohnkommission der Arbeiter sich zu Verhandlungen bereit, aber die Arbeitgeber lehnten solche Verhandlungen ab und erklärten, daß sie auch das Gewerbegericht nicht als geeignete Instanz zur Beilegung des Konflikts anzusehen vermöchten.

## 2. Bedeutung

Obwohl der Crimmitschauer Streik nur ein verhältnismäßig kleines Gebiet umfaßte, wuchs seine Bedeutung doch rasch über den Rahmen der Mittelstadt mit ihren 23 000 Einwohnern weit hinaus. Einmal dadurch, daß bei dem hohen Anteil der streikenden Arbeiter an der Gesamtbevölkerung der Stadt auch bürgerliche Kreise (Handwerker und kleine Geschäftsleute) durch den Streik und seine lange Dauer stark in Mitleidenschaft gezogen und wirtschaftlich schwer geschädigt wurden. Zum anderen dadurch, daß bei einem Versand von wöchentlich nahezu 50 000 kg Garn aus dem Crimmitschauer Bezirk sich der Stillstand von 150 000 Spindeln in der gesamten Textilindustrie und bis in die Webereien im Rheinland stark bemerkbar machte. Zu diesen wirtschaftlichen Momenten kamen aber noch andere politischer und psychologischer Art. Obwohl die Streikenden gute Disziplin hielten und Ausschreitungen so gut wie nicht vorkamen, nahmen doch die Behörden und die Polizei mit einer Menge von Anzeigen und Strafverfügungen gegen die Arbeiterschaft Partei. Zahlreiche Fälle oft recht harmloser Belästigungen von Arbeitswilligen wurden gerichtlich verfolgt und auch durch städtische Verwaltungsmaßnahmen ward den Streikenden gegenüber eine Nadelstichpolitik betrieben, die keineswegs geeignet war, die erregten Gemüter zu beruhigen. Besonders aufreizend wirkte neben der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes das Anfang Dezember erlassene Verbot aller öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen und namentlich das Verbot der für die Familien der Ausgesperrten geplanten gemeinsamen Weihnachtsfeier und Weihnachtsbescherung. Die Unzufriedenheit mit dieser Maßnahme ging bis in weite Kreise des Bürgertums hinein. Besonderes Aufsehen rief auch ein Brief in Nr. 2 der „Christlichen Welt“ vom 8. Januar 1904 hervor, in dem auf Bitten des Schriftleiters der Crimmitschauer Pfarrer Schink seine Meinung über den Streik zum Ausdruck brachte. In diesem Brief wird geurteilt: Zwar ist der 10-Studentag an sich wünschenswert, aber er kann aus Gründen der Konkurrenz von den Unternehmern nicht gewährt werden; es geht bei dem Streik letztlich um die Machtfrage, ob der Unternehmer weiterhin in der Fabrik Herr bleiben soll; das Recht liegt nicht bei den streikenden Arbeitern, und der kirchliche Teil der Gemeinde steht nicht auf ihrer Seite; die Behörden haben mit ihrem Polizeiaufgebot und mit dem Verbot der Christbescherungen weise gehandelt. Dieser Brief löste weit über Crimmitschau und

Sachsen hinaus eine gewaltige Erregung und eine Fülle von Zustimmungen und Protesten in der deutschen Presse aus (vgl. die Zusammenstellung von Presseäußerungen in der „Chronik der Christlichen Welt“ 1904 Nr. 4). Von den Fabrikanten wurde der Brief als Flugblatt zu ihrer Rechtsfertigung verbreitet. Mit dem Verfasser erklärten sich seine Amtsbrüder in Crimmitschau und Umgebung solidarisch; auch sie stimmten dem Verbot der Christbescherungen zu. Diese Stellungnahme hat das Ansehen der Kirche in den Kreisen der sächsischen Arbeiterschaft für Jahrzehnte auf schwerste geschädigt. Sie bildete in den von 1904 bis 1914 in Sachsen veranstalteten religiösen Diskussionsabenden und in der Kirchenaustrittsbewegung vor dem Krieg eins der beliebtesten Agitationsmittel und ist noch heute nicht vergessen. Daß der Herausgeber der „Christlichen Welt“ von dem Schink'schen Brief abrückte und erklärte, die Arbeiter hätten in dem Kampf das höhere Kulturideal für sich, daß die Evangelisch-Sozialen durch Fr. Naumann in der „Hilfe“ (1904 Nr. 3) ebenso wie die Kirchlich-Sozialen durch Mumm im „Reichsboten“ gegen Schink Stellung nahmen, wurde demgegenüber wenig beachtet. Wirkungsvoller war, daß ein Geistlicher eines Nachbarortes, P. Sammler-Meerane, tapfer seiner abweichenden Ansicht Ausdruck gab, und daß am 20. Januar 1904 eine Reihe sächsischer Geistlicher die Glauchauer Resolution ausgeben ließ: „Wir erwarten von allen berufenen Vertretern der Kirche, daß sie jedem Versuch, dem Arbeiterstand in seinen Lohnkämpfen um Verbesserung seiner Wirtschaftslage ein geringeres sittliches Recht zuzumessen, als den Unternehmern, scharf entgegenzutreten“. Aus dem Kreis der Unterzeichner heraus wurde dann am 17. Februar 1904 in Chemnitz die Sächsische Evangelisch-soziale Vereinigung gegründet, die in einer längeren Erklärung für die Erweiterung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege eintrat.

## 3. Ergebnis

So verlor der Crimmitschauer Streik durch eine Reihe von Begleitumständen immer mehr seinen lokalen Charakter und wurde zu einem weithin wirkenden Ringen zwischen organisierter Arbeiterschaft und organisiertem Unternehmertum. Auf beiden Seiten wurde der Kampf mit Hartnäckigkeit und unter erheblichen Opfern geführt. Auf Arbeitgeberseite wurde durch den Streik das Solidaritätsgefühl geweckt. Es kam infolge des Streiks zu einer straffen Zusammenfassung der sächsischen Textilindustrie und zu dem Beschluß, einen die gesamte deutsche Textilindustrie umfassenden Arbeitgeberverband zu begründen. Aber auch der Textilarbeiterverband erfuhr durch den Streik einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Mehr als 1 Million Mark an freiwilligen Beiträgen ging beim Textilarbeiterverband zur Gewährung von Streikunterstützungen ein. Mit einer Ausdauer und Aufopferung, die auch den Gegnern Achtung abnötigte, standen 7000 Arbeiter länger als 5 Mo-

nate im Kampf. Aber die Zahl der Arbeitswilligen war doch namentlich durch Zuzug von auswärts nach und nach langsam gewachsen. So brach die Streikleitung am 18. Januar 1904 den Streik ab und empfahl den Arbeitern, bedingungslos wieder in die Fabriken zurückzukehren (über die Motive der Beendigung des Kampfes vgl. den Bericht von Legien im „Vorwärts“ vom 21. Januar 1904). Außerlich waren die Arbeiter damit in dem Ringen um den 10-Studenten tag unterlegen, aber andererseits hatten die Fabrikanten in dem ganzen Kampf keinen Beweis für die wirtschaftliche Notwendigkeit des 10-Studententages zu führen vermocht. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, auf welcher Seite in dem erbitterten Streik letztlich das Recht und der Sieg gewesen ist.

#### 4. Literatur

**Crimmitschau 1903—1928.** Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutendsten Arbeitskampf. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes 1928.

**Soziale Praxis,** Jahrgang XIII (1903/04) Sp. 95, 169, 227, 279, 330, 401 ff., 449 ff.;

**Evangelisch-Sozial,** Jahrgang XIII (1904) S. 50 ff., 175 ff.;

**Christliche Welt,** Jahrgang XVIII (1904) Sp. 19 ff., 41 ff., 45, 80 ff., 93, 115, 133 ff., 161 ff.

**Czajor, Anton,** polnischer Gewerkschaftsführer, wurde im Jahre 1869 in Lipiny (Oberschlesien) geboren, ist Bergarbeiter von Beruf, der Veteran der Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien und Gründer des polnischen Berufsvereins und einer der Männer, welche die Vereinigung der polnischen Berufsvereine mit dem Bergarbeiterzentralverband herbeigeführt haben. Er ist Mitglied des Zentralvorstandes dieses Verbandes. Im Jahre 1900 schloß er sich der Gewerkschaftsbewegung der Bergarbeiter in Deutschland an und trat in die polnisch-sozialistische Partei Oberschlesiens ein. Im Jahre 1906 wurde Czajor zum Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes von Oberschlesien gewählt. Im Jahre 1907 wurde er auf dem Kongreß der Polnisch-Sozialistischen Partei in Kattowitz zum Mitgliede des Vorstandes gewählt. Er vertrat die schlesischen Bergarbeiter auf dem Kongreß der deutschen Bergarbeiter in Bochum und Hannover und wurde Delegierter des deutschen Verbandes auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in Karlsbad. Als jedoch der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei in Jena im Jahre 1907 beschloß, daß alle deutschen Sozialisten der deutschen Sozialdemokratie angehören müssen, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen polnischen und deutschen Bergarbeitern beträchtlich. Man zwang die Polen, die Gewerkschaftssekretäre waren, aus der polnischen sozialistischen Partei auszutreten. Czajor, der damals Gewerkschaftssekretär war, blieb Mitglied der Partei.

Die polnisch-sozialistische Partei berief 1913 einen außerordentlichen Kongreß nach Oswiecim. Auf diesem Kongreß wurde auf Antrag von Czajor der Beschluß gefaßt, eine polnische Gewerkschaft als Berufsorganisation der polnischen Bergarbeiter zu gründen. Czajor wurde zum ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft ernannt. Czajor war immer aufs stärkste für eine Vereinigung der polnischen Gewerkschaften mit dem Bergarbeiterzentralverband eingetreten und wurde, nachdem diese Vereinigung verwirklicht war, zum Mitgliede des Zentralvorstandes des polnischen Bergarbeiterverbandes gewählt.

Lucie Schmidt

**Czieslik, Alfred,** wurde am 16. Mai 1877 in Görlitz geboren, erlernte dort das Schlosserhandwerk. Am 4. Juni 1894 wurde er Mitglied des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.D. in Görlitz. Im Juni 1896 kam er nach Düsseldorf, wo er trotz seiner Jugend regen Anteil am Gewerksvereinsleben nahm. Vom 1. Oktober 1899 bis 30. September 1901 genügte Czieslik seiner Militärpflicht in Köln a. Rh. Seit dieser Zeit spielte er in der Düsseldorfer Gewerksvereinsbewegung, die damals in scharfer Opposition zur Zentralleitung in Berlin stand, eine hervorragende Rolle. Als eifriger Schüler der Düsseldorfer Volkswirtschaftsschule (die unter der Leitung von Gottfried Stoffers und Gustav Hartmann für die Heranbildung eines Führer-Nachwuchses gewirkt hat) hatte Czieslik Gelegenheit, sein Rüstzeug für seine fernere öffentliche Tätigkeit zu schmieden. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch eine gute Auffassungs- und Rednergabe. Im Düsseldorfer Ortsverband sowie im Ausbreitungsverband der deutschen Gewerksvereine für Rheinland-Westfalen bekleidete Czieslik die verschiedensten Vorstandsämter. Anfang 1904 wurde ihm von der Hauptleitung des Gewerksvereins die Stelle des Bezirksleiters in Düsseldorf ehrenamtlich übertragen, und am 1. Dezember 1904 wurde er Lokalbeamter in Duisburg. Am 1. Juli 1908 übernahm er das Amt des besoldeten Bezirksleiters in Duisburg. Die starke Entwicklung der Hüttenindustrie veranlaßte den Gewerksverein deutscher Metallarbeiter, einen besonderen Sekretär für diesen Industriezweig anzustellen. Am 1. Juli 1911 trat Czieslik dieses Amt an und wirkte hier, bis er am 1. April 1919 in die Hauptleitung nach Berlin berufen wurde. In Duisburg wirkte er auch erfolgreich als Stadtverordneter. Seit 1. Juli 1920 war er zweiter Vorsitzender und ab 1. Oktober 1923, nach dem Tode Gleichaufs, erster Vorsitzender des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter. Im Verbands der Deutschen Gewerksvereine ist Czieslik seit 1924 als erster Vorsitzender des Zentralrats führend tätig; außerdem ist er Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Dem Vorläufigen